REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

64191/1

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION
29 08- 2018
RAAD VAN STATE
WETGEVING

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS VOM 30. MAI 2018 ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER UMSETZUNG INNERHALB DER GESETZGEBUNG DER FAMILIENLEISTUNGEN DER RICHTLINIE 2009/50/EG DES RATES VOM 25. MAI 2009 ÜBER DIE BEDINGUNGEN FÜR DIE EINREISE UND DEN AUFENTHALT FÜR DRITTSTAATSANGEHÖRIGE ZUR AUSÜBUNG EINER HOCHQUALIFIZIERTEN BESCHÄFTIGUNG, DER RICHTLINIE 2014/66/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES VOM 15. MAI 2014 ÜBER DIE BEDINGUNGEN FÜR DIE EINREISE UND DEN AUFENTHALT VON DRITTSTAATSANGEHÖRIGEN IM RAHMEN EINES UNTERNEHMENSINTERNEN TRANSFERS UND DER RICHTLINIE (EU) 2016/801 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES VOM 11. MAI 2016 ÜBER DIE BEDINGUNGEN FÜR DIE EINREISE UND DEN AUFENTHALT VON DRITTSTAATSANGEHÖRIGEN ZU FORSCHUNGS- ODER STUDIENZWECKEN, ZUR ABSOLVIERUNG EINES PRAKTIKUMS, ZUR TEILNAHME AN EINEM FREIWILLIGENDIENST, SCHÜLERAUSTAUSCHPROGRAMMEN ODER BILDUNGSVORHABEN UND ZUR AUSÜBUNG EINER AU-PAIR-TÄTIGKEIT

INHALTSANGABE

Durch den vorliegenden Dekretentwurf soll das Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers und der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-Pair-Tätigkeit gebilligt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Begründung 4

Allgemeine Erläuterungen 4

Bemerkungen zu dem Gutachten des Rates für Familienleistungen 5

Kommentar zu dem einzigen Artikel 6

Vorentwurf 7

Anlage

Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers und der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-Pair-Tätigkeit 8

Gutachten des Rates für Familienleistungen 9

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung des Abkommens

Dieses Zusammenarbeitsabkommen soll die Kindergeldgesetzgebung abändern. Dies geschieht, da die durchgeführten Abänderungen als Änderungen von wesentlichen Elementen nach *Art. 94 §1bis Abs. 2 Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen* anzusehen sind und deshalb mittels Zusammenarbeitsabkommen eingebracht werden müssen.

Gesetzesänderung

Diese Gesetzesänderung dient der teilweisen Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung bezüglich der Familienleistungen der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers und der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-Pair-Tätigkeit.

Das Zusammenarbeitsabkommen setzt die drei vorerwähnten Richtlinien im Migrationsbereich um. Es ist notwendig, diese noch vor Inkrafttreten des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen umzusetzen, da diese Richtlinien bereits seit 2009, 2014 bzw. 2016 in Kraft getreten sind und bereits umgesetzt sein müssten. Die durch das Zusammenarbeitsabkommen vorgenommenen Änderungen wirken somit nur bis zum Inkrafttreten des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen.

Die Richtlinie 2009/50/EG garantiert Bürgern aus nicht-EU-Staaten, die hochqualifiziert sind und über ein Hochschuldiplom verfügen, dass sie in der EU unter den gleichen Bedingungen wie EU-Bürger soziale Rechte erlangen.

Die Richtlinie 2014/66/EU erlaubt es nicht-EU-Bürgern aufgrund eines Transfers innerhalb eines Unternehmen, in die EU einzureisen und dort zu arbeiten. Sie garantiert ihnen auch, dass sie sie in der EU unter den gleichen Bedingungen wie EU-Bürger soziale Rechte erlangen.

Die Richtlinie (EU) 2016/801 garantiert Forschern, Praktikanten, Freiwilligen oder Au-pair-Kräften, die nicht EU-Bürger sind, aber in der EU arbeiten dürfen, dass sie unter den gleichen Bedingungen wie EU-Bürger soziale Rechte erlangen.

Die Familienleistungsgesetzgebung wird dahingehend geändert, dass dort wo es unterschiedliche Behandlungen aufgrund der Nationalität gibt, diese nicht für die Personen gelten, die in den Anwendungsbereich der hiervor genannten Richtlinien fallen.

Die Familienleistungsgesetzgebung sieht bezüglich des garantierten Kindergeldes und für junge Berechtige ausländischer Nationalität (z.B. minderjährige Kinder, Studenten, junge

Arbeitssuchende) vor, dass die Betroffenen mindestens 5 Jahre in Belgien zu leben. Dabei handelt es sich demnach um eine Bevorzugung von Belgiern. Jedoch gibt es bereits heute Ausnahmen für u.a. EU-Bürger, Staatenlose, Flüchtlinge, Personen mit subsidiärem Schutz. Zu diesen Ausnahmen werden durch das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen die durch die Richtlinie betroffenen Personen hinzugefügt.

Da das garantierte Kindergeld und das Anrecht auf Kindergeld für junge Berechtige ausländischer Nationalität ein Residualrecht ist bzw. wie ein Residualrecht funktioniert, wird die Ausweitung des Rechtes jedes Mal, wenn die Richtlinien dies erlauben, auf das durch die Richtlinie vorgeschriebene Minimum begrenzt. So werden beispielsweise den durch die Richtlinie (EU) 2016/801 erwähnten Forschern erst dann die gleichen sozialen Rechte garantiert, wenn sie mehr als 6 Monate in der EU leben.

Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens

Die oben genannten Änderungen treten nach der Veröffentlichung der letzten Billigung dieses Zusammenarbeitsabkommens durch die jeweiligen zuständigen Gesetzgeber im Belgischen Staatsblatt in Kraft, jeweils zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der umgesetzten Richtlinie:

- bei Einführung einer Nummer 7 am 19. Juni 2009
- bei Einführung einer Nummer 8 am 28. Mai 2014;
- bei Einführung eine Nummer 9 am 22. Mai 2016

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1. Dieser Artikel weist auf die Teilumsetzung der Richtlinien innerhalb der Gesetzgebung bezüglich der Familienleistungen hin.

Artikel 2. Dieser Artikel ergänzt die Nummern 7, 8 und 9 des Artikels 56sexies §1 Absatz 2 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 (AFBG), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 4. April 2014 und das Zusammenarbeitsabkommen vom 17. Juni 2016. Die Ergänzung hat zur Folge, dass die Bedingung, seit 5 Jahren über einen Wohnsitz in Belgien zu verfügen, nicht auf die durch die teilumgesetzten Richtlinien betroffenen Personen anwendbar ist.

Artikel 3. Dieser Artikel ergänzt die Nummern 7, 8 und 9 des Artikels 1 Absatz 7 des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen, geändert durch das Gesetz vom 21. Dezember 2013. Die Änderung hat dieselbe Auswirkung im Bereich der garantierten Familienleistung wie Artikel 2 im Bereich des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes.

Artikel 4. In diesem Artikel werden die Daten des Inkrafttretens der verschiedenen Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens festgelegt.

BEMERKUNGEN ZU DEM GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Der Rat für Familienleistungen erteilt zum Dekretvorentwurf ein positives Gutachten.
Diese Entscheidung rechtfertigt er durch die Tatsache, dass es sich beim Gegenstand des Zusammenarbeitsakommen um EU-Richtlinien handelt, die ohnehin umgesetzt werden mussten.
Des Weiterem nimmt er zur Kenntnis, dass das Zusammenarbeitsabkommen bereits durch den zuständigen Minister unterschrieben wurde.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einziger Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers und der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-Pair-Tätigkeit

Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, der Richt-linie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers und der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligen-dienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-Pair-Tätigkeit, wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

ANLAGE

Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers und der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-Pair-Tätigkeit

Als Anlage separat beigefügt.

GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigefügt.

Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers und der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-Pair-Tätigkeit

Aufgrund von Artikel 23 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 94 §1bis, eingefügt durch Artikel 44 des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014 über die Sechste Staatsreform;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 60sexies, eingefügt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Gesetzes vom 4. April 2014 zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 19. Dezember 1939 über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger (Allgemeines Familienbeihilfengesetz);

Aufgrund des Sonderdekrets der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird und das Dekret der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

Aufgrund der Beratung vom 4. Juli 2016 und 6. Februar 2018 innerhalb des Verwaltungsausschusses von FAMIFED;

Aufgrund der einstimmigen Einigung vom XXX im Konzertierungsausschuss;

In der Erwägung, dass die Richtlinie 2009/50 auf die Bekämpfung des Mangels an hochqualifizierten Arbeitskräften abzielt, indem die Zulassung und Mobilität von Drittstaatsangehörigen für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten gefördert wird, um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum der Europäischen Union zu stärken;

In der Erwägung, dass die Richtlinie 2014/66 ihrerseits zum Ziel hat, Maßnahmen einzuführen, um Führungskräften, Spezialisten sowie Nachwuchskräften aus Drittstaaten, die Einreise in die Union im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers zu erleichtern;

In der Erwägung, dass die Richtlinie 2016/801 unter anderem den Ruf der Europäischen Union als attraktiver Standort für Wissenschaft und Innovation und als internationaler Exzellenzstandort für Studium und berufliche Bildung festigen soll und dass sie die Ziele des Europäischen Freiwilligendienstes unterstützen soll;

In der Erwägung der auf Belgien ruhenden Verpflichtung, die europäischen Richtlinien umzusetzen;

haben die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie;

die Wallonische Region, vertreten durch den Ministerpräsidenten und die Ministerin für soziale Maßnahmen, Gesundheit, Chancengleichheit, den öffentlichen Dienst und die administrative Vereinfachung;

die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Familie, Gesundheit und Soziales;

die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, vertreten durch den Vorsitzenden des Vereinigten Kollegiums und die Mitglieder des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur;

Folgendes vereinbart:

BESTIMMUNGEN

Kapitel 1. Gesetzesänderungen

Artikel 1. Dieses Kapitel dient der teilweisen Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung bezüglich

der Familienleistungen der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers und der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-Pair-Tätigkeit.

Art. 2. Artikel 56sexies §1 Absatz 2 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 (AFBG), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 4. April 2014 und das Zusammenarbeitsabkommen vom 17. Juni 2016 wird durch folgende Nummern 7, 8 und 9 ergänzt:

"7. die Drittstaatsarbeitnehmer im Sinne des Artikels 3 der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung sind, dieim Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zum Zweck der Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung zugelassen wurden;

8. die Drittstaatsarbeitnehmer im Sinne der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers sind, die zeitlich für berufliche Zwecke oder für Ausbildungszwecke entsandt werden, und die in dieser Eigenschaft in Besitz sind eines Aufenthaltstitels mit dem Eintrag der Abkürzung "ICT" mit einer Dauer von mindestens neun Monaten sind;

9. die in einem Mitgliedstaat zugelassenen Drittstaatsangehörigen im Sinne der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit sind, vorausgesetzt:

a) sie sind Forscher und sie dürfen gemäß Artikel 22 §2 Buchstabe b) der genannten Richtlinie mehr als sechs Monate in Belgien wohnen;

b) sie sind Praktikanten, Freiwillige oder Au-pair-Kräfte, wenn sie in dem betreffenden Mitgliedstaat als in einem Beschäftigungsverhältnis stehend betrachtet werden, oder sie sind Studenten, wenn sie gemäß Artikel 12 §2 Buchstabe b) der im Punkt 6 genannten Richtlinie 2011/98 in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder mindestens sechs Monate beschäftigt

waren und als Arbeitssuchende eingetragen sind, und sie zu keiner der Kategorien von Drittstaatsangehörigen gehören nach dem vorgenannten Absatz 2 des Artikels 12 Paragraph 2 Buchstabe b)."

Art. 3. Artikel 1 Absatz 7 des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen, geändert durch das Gesetz vom 21. Dezember 2013, wird durch folgende Nummern 7, 8 und 9 ergänzt:

"7. die Drittstaatsarbeitnehmer im Sinne des Artikels 3 der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung sind, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zum Zweck der Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung zugelassen wurden;

8. die Drittstaatsarbeitnehmer im Sinne der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers sind, die zeitlich für berufliche Zwecke oder für Ausbildungszwecke entsandt werden, und die, in dieser Eigenschaft, in Besitz sind eines Aufenthaltstitels mit dem Eintrag der Abkürzung "ICT" mit einer Dauer von mindestens neun Monaten sind;

9. die in einem Mitgliedstaat zugelassenen Drittstaatsangehörigen im Sinne der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit sind, vorausgesetzt:

a) sie sind Forscher und sie dürfen gemäß Artikel 22, § 2, Buchstabe b) der genannten Richtlinie mehr als sechs Monate in Belgien wohnen;

b) sie sind Praktikanten, Freiwillige oder Au-pair-Kräfte, wenn sie in dem betreffenden Mitgliedstaat als in einem Beschäftigungsverhältnis stehend betrachtet werden, oder sie sind Studenten, wenn sie, gemäß Artikel 12, § 2, Buchstabe b) der im Punkt 6 genannten Richtlinie 2011/98 in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder mindestens sechs Monate beschäftigt waren und als Arbeitssuchende eingetragen sind, und sie zu keiner der Kategorien von Drittstaatsangehörigen gehören nach dem vorgenannten Absatz 2 des Artikels 12 Paragraph 2 Buchstabe b)."

Kapitel 2. Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens

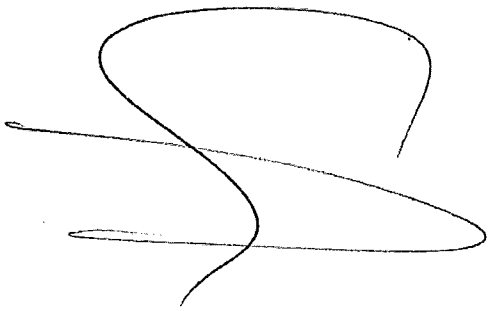
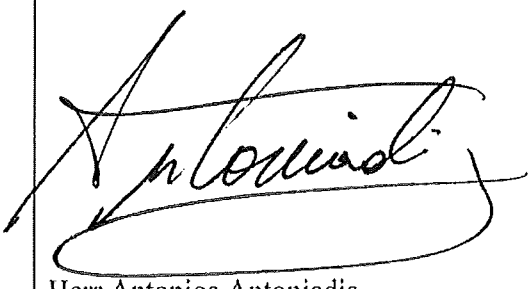
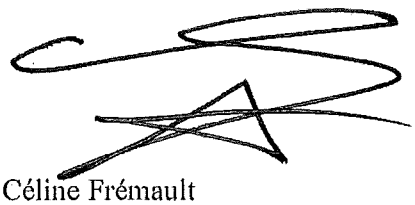
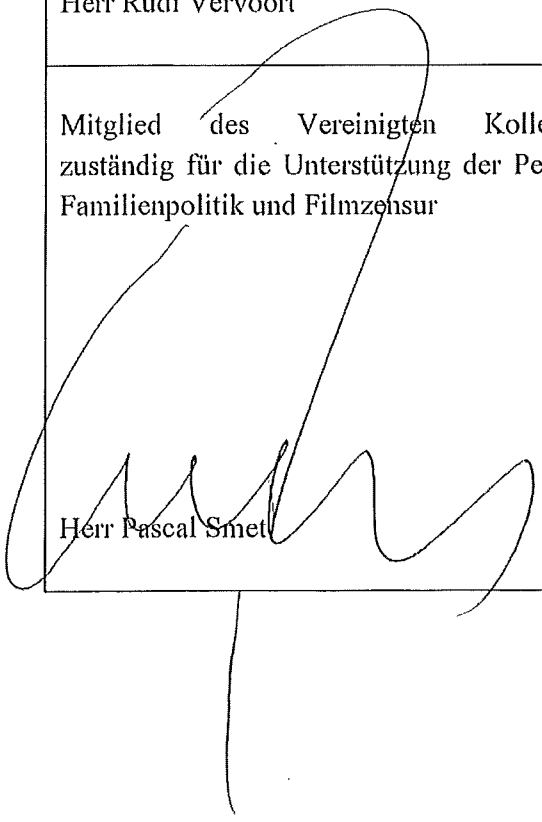
Art. 4. Die Artikel 1, 2 und 3 treten wie folgt nach der Veröffentlichung der letzten Billigung

dieses Zusammenarbeitsabkommens durch die jeweiligen zuständigen Gesetzgeber im Belgischen Staatsblatt in Kraft:

- bei Einführung eines 7° am 19. Juni 2009
- bei Einführung eines 8° am 28. Mai 2014;
- bei Einführung eines 9° am 22. Mai 2016.

Unterzeichnet im Brüssel, am 30. Mai 2018, in einer Originalausfertigung in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, die beim zentralen Sekretariat des Konzertierungsausschusses, verantwortlich für die beglaubigten Abschriften und die Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt, deponiert wird.

Ministerpräsident der Flämischen Regierung Herr Geert Bourgeois	Flämischer Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie Herr Jo Vandeurzen
Ministerpräsident der Wallonischen Regierung Herr Willy Borsus	Wallonische Ministerin für soziale Maßnahmen,Gesundheit, Chancengleichheit, den öffentlichen Dienst und die administrative Vereinfachung Frau Alda Greoli

Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft  Herr Oliver Paasch	Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Familie, Gesundheit und Soziales  Herr Antonios Antoniadis
Vorsitzender des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission Herr Rudi Vervoort	Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur  Frau Céline Frémault
Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur  Herr Pascal Smet	

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET SAMENWERKINGSAKKOORD VAN 30 MEI 2018 TUSSEN DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE GEMEENSCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE EN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP HOUDENDE OMZETTING IN DE GEZINSBIJSLAGWETGEVING VAN DE RICHTLIJN 2009/50/EG VAN DE RAAD VAN 25 MEI 2009 BETREFFENDE DE VOORWAARDEN VOOR TOEGANG EN VERBLIJF VAN ONDERDANEN VAN DERDE LANDEN MET HET OOG OP EEN HOOGGEKWALIFICEERDE BAAN, VAN DE RICHTLIJN 2014/66/EU VAN HET EUROPEES PARLEMENT EN DE RAAD VAN 15 MEI 2014 BETREFFENDE DE VOORWAARDEN VOOR TOEGANG EN VERBLIJF VAN ONDERDANEN VAN DERDE LANDEN IN HET KADER VAN EEN OVERPLAATSING BINNEN EEN ONDERNEMING EN VAN DE RICHTLIJN (EU) 2016/801 VAN HET EUROPEES PARLEMENT EN DE RAAD VAN 11 MEI 2016 BETREFFENDE DE VOORWAARDEN VOOR TOEGANG EN VERBLIJF VAN DERDELANDERS MET HET OOG OP ONDERZOEK, STUDIE, STAGES, VRIJWILLIGERSWERK, SCHOLIERENUITWISSELING, EDUCATIEVE PROJECTEN OF AU-PAIRACTIVITEITEN

INHOUD

Dit voorontwerp van decreet strekt ertoe instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2009/50/EG van de Raad van 25 mei 2009 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen met het oog op een hooggekwalificeerde baan, van de richtlijn 2014/66/EU van het Europees Parlement en de Raad van 15 mei 2014 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming en van de richtlijn (EU) 2016/801 van het Europees Parlement en de Raad van 11 mei 2016 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van derdelanders met het oog op onderzoek, studie, stages, vrijwilligerswerk, scholierenuitwisseling, educatieve projecten of au-pairactiviteiten.

INHOUDSOPGAVE

Pagina

Memorie van toelichting 4

Algemene toelichting 4

Opmerkingen bij het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen 5

Bespreking van het enige artikel 6

Voorontwerp 7

Bijlage

Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2009/50/EG van de Raad van 25 mei 2009 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen met het oog op een hooggekwalificeerde baan, van de richtlijn 2014/66/EU van het Europees Parlement en de Raad van 15 mei 2014 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming en van de richtlijn (EU) 2016/801 van het Europees Parlement en de Raad van 11 mei 2016 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van derdelanders met het oog op onderzoek, studie, stages, vrijwilligerswerk, scholierenuitwisseling, educatieve projecten of au-pairactiviteiten 8

Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen 9

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving van het samenwerkingsakkoord

Dit samenwerkingsakkoord heeft tot doel de kinderbijslagwetgeving te wijzigen. De reden daarvoor is dat het gaat om wijzigingen die beschouwd moeten worden als wijzigingen van essentiële elementen in de zin van artikel 94, § 1*bis*, tweede lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen die bijgevolg via een samenwerkingsakkoord moeten worden aangebracht.

Wetswijziging

Doel van deze wetswijziging is de gedeeltelijke omzetting, in de kinderbijslagwetgeving, van de richtlijn 2009/50/EG van de Raad van 25 mei 2009 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen met het oog op een hooggekwalificeerde baan, van de richtlijn 2014/66/EU van het Europees Parlement en de Raad van 15 mei 2014 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming en van de richtlijn (EU) 2016/801 van het Europees Parlement en de Raad van 11 mei 2016 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van derdelanders met het oog op onderzoek, studie, stages, vrijwilligerswerk, scholierenuitwisseling, educatieve projecten of au-pairactiviteiten.

Bij dit samenwerkingsakkoord worden de drie voormelde richtlijnen omgezet op het gebied van migratie. Die richtlijnen moeten nog voor inwerkingtreding van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen worden omgezet, aangezien ze al sinds 2009, 2014 resp. 2016 in werking getreden zijn en moesten omgezet zijn. De wijzigingen die bij dit samenwerkingsakkoord worden aangebracht, hebben dus uitwerking tot inwerkingtreding van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen.

Richtlijn 2009/50/EG biedt hooggekwalificeerde onderdanen uit derde landen die over een getuigschrift van hoger onderwijs beschikken de waarborg dat ze in de EU sociale rechten verkrijgen onder dezelfde voorwaarden als EU-burgers.

Richtlijn 2014/66/EU biedt onderdanen uit derde landen de mogelijkheid in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming toegang te krijgen tot de EU en in de EU te werken. Ze biedt hen ook de waarborg dat ze in de EU onder dezelfde voorwaarden als EU-burgers sociale rechten krijgen.

Richtlijn (EU) 2016/801 biedt onderzoekers, stagiairs, vrijwilligers of air-pairs die geen EU-burger zijn, maar in een EU-land mogen werken, de waarborg dat ze sociale rechten krijgen onder dezelfde voorwaarden als EU-burgers.

De kinderbijslagwetgeving wordt in die zin gewijzigd dat verschillen in behandeling op grond van nationaliteit niet gelden voor de personen die onder het toepassingsgebied van de voormelde richtlijnen vallen.

De kinderbijslagwetgeving bepaalt voor de gewaarborgde kinderbijslag en voor jonge begunstigden van buitenlandse nationaliteit (bijvoorbeeld minderjarige kinderen, studenten, jonge werkzoekenden) dat de betrokkenen al minstens vijf jaar in België moeten leven.

Daarbij worden Belgen bevoorrecht. Er worden echter nu al uitzonderingen gemaakt, onder meer voor EU-burgers, staatlozen, vluchtelingen en personen met subsidiaire bescherming. Dit samenwerkingsakkoord zorgt ervoor dat die uitzonderingen ook gelden voor de onder de richtlijn vallende personen.

Aangezien de gewaarborgde kinderbijslag en het recht op kinderbijslag voor jonge begunstigden van buitenlandse nationaliteit een residueel recht is of als een residueel recht functioneert, wordt de uitbreiding van het recht, telkens wanneer de richtlijnen dit toestaan, beperkt tot het door de richtlijnen voorgeschreven minimum. Zo worden bijvoorbeeld aan de in richtlijn (EU) 2016/801 vermelde onderzoekers pas dezelfde sociale rechten toegekend als ze al meer dan zes maanden in de EU leven.

Inwerkingtreding van het samenwerkingsakkoord

De voormelde wijzigingen treden in werking na het verschijnen in het Belgisch Staatsblad van de laatste instemmingsakte van dit samenwerkingsakkoord door de respectieve bevoegde wetgevers, met uitwerking op de datum van inwerkingtreding van de omgezette richtlijn:

- wanneer ze een 7° invoeren op 19 juni 2009;
- wanneer ze een 8° invoeren op 28 mei 2014;
- wanneer ze een 9° invoeren op 22 mei 2016.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikel 1. In dit artikel wordt gewezen op de gedeeltelijke omzetting van de richtlijnen in de regelgeving betreffende de kinderbijslag.

Artikel 2. Bij dit artikel wordt artikel 56sexies, § 1, tweede lid, van de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939 (AKBW), laatstelijk gewijzigd bij de wet van 4 april 2014 en bij het samenwerkingsakkoord van 17 juni 2016, aangevuld met bepalingen onder 7°, 8° en 9°. Die aanvulling heeft tot gevolg dat de voorwaarde dat men al 5 jaar werkelijk in België moet verblijven, niet van toepassing is op de personen die onder de toepassing vallen van de gedeeltelijk omgezette richtlijnen.

Artikel 3. Bij dit artikel wordt artikel 1, zevende lid, van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag, gewijzigd bij de wet van 21 december 2013, aangevuld met bepalingen onder 7°, 8° en 9°. Die wijziging heeft dezelfde uitwerking voor de gewaarborgde gezinsbijslag als artikel 2 voor de algemene kinderbijslagwet.

Artikel 4. Dit artikel bepaalt de datum waarop de verschillende bepalingen van het samenwerkingsakkoord in werking treden.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

De Raad voor Gezinsbijslagen verstrekt een positief advies over het voorontwerp van decreet.
Als reden voert de Raad voor Gezinsbijslagen aan dat het samenwerkingsakkoord betrekking heeft op EU-richtlijnen die hoe dan ook moeten worden omgezet.
Voorts neemt de Raad voor Gezinsbijslagen ter kennis dat het samenwerkingsakkoord al door de bevoegde ministers ondertekend is.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2009/50/EG van de Raad van 25 mei 2009 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen met het oog op een hooggekwalificeerde baan, van de richtlijn 2014/66/EU van het Europees Parlement en de Raad van 15 mei 2014 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming en van de richtlijn (EU) 2016/801 van het Europees Parlement en de Raad van 11 mei 2016 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van derdelanders met het oog op onderzoek, studie, stages, vrijwilligerswerk, scholierenuitwisseling, educatieve projecten of au-pairactiviteiten

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2009/50/EG van de Raad van 25 mei 2009 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen met het oog op een hooggekwalificeerde baan, van de richtlijn 2014/66/EU van het Europees Parlement en de Raad van 15 mei 2014 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming en van de richtlijn (EU) 2016/801 van het Europees Parlement en de Raad van 11 mei 2016 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van derdelanders met het oog op onderzoek, studie, stages, vrijwilligerswerk, scholierenuitwisseling, educatieve projecten of au-pairactiviteiten.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

BIJLAGEN

Samenwerkingsakkoord van 30 mei 2018 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2009/50/EG van de Raad van 25 mei 2009 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen met het oog op een hooggekwalificeerde baan, van de richtlijn 2014/66/EU van het Europees Parlement en de Raad van 15 mei 2014 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen in het kader van een overplaatsing binnen een onderneming en van de richtlijn (EU) 2016/801 van het Europees Parlement en de Raad van 11 mei 2016 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van derdelanders met het oog op onderzoek, studie, stages, vrijwilligerswerk, scholierenuitwisseling, educatieve projecten of au-pairactiviteiten

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.